

Dieser Pensionsabbau ist unzumutbar!

Ueli Brassler, Gemeinderat, SD-Zentralpräsident, Zürich

Am 7. März 2010 dürfen wir Stimmberechtigten über die Senkung des Renten-Umwandlungssatzes abstimmen – dies auch dank uns Schweizer Demokraten, welche das erfolgreiche Referendum tatkräftig mitgetragen haben.

Zusammen mit der AHV und der Pensionskasse sollen alle im Alter «die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise» fortsetzen können. So steht es in unserer Bundesverfassung. Dieser Grundsatz wird nunmehr durch die beabsichtigte Pensionskürzung bedroht. Im Gegensatz zur SVP, welche sich in dieser Frage ins Lotterbett mit der sattem bekanntem Grosskapitalistenvereinigung «Economiesuisse» legt, wehren sich die SD – als soziale Heimatpartei – entschieden gegen den geplanten Pensionsabbau. Denn: Eine Rentensenkung ist unzumutbar und ein Leben in Würde im Alter nicht mehr gesichert.

Wir alle wären von der Senkung der Pension betroffen:

- Leute mit tiefen und mittleren Einkommen, die nur im Rahmen der gesetzlichen Mindestvorschriften des BVG versichert sind, benötigen die monatliche Rente für den täglichen Bedarf. Ihre Kaufkraft darf nicht weiter sinken.
- Leute mit mittleren und höheren Einkommen sind in der Regel besser versichert, als dies das gesetzliche Minimum vorsieht. Weil der Mindestzins und der Mindestumwandlungssatz für den überobligatorischen Bereich nicht gelten, haben die Pensionskassen in diesem Bereich bereits in den letzten Jahren massiv gekürzt. Wenn der Umwandlungssatz nun auch noch im obligatorischen Bereich gekürzt wird, zahlen die Versicherten doppelt!
- Auch aktuelle Rentnerinnen und Rentner sind auch aus guten Gründen gegen den jüngsten Pensionsabbau: Wenn wir die heutige Senkung der Pension von zukünftigen Rentenbezüglern nicht verhindern können, werden wir morgen die Renten der aktuellen Rentnergeneration nicht verteidigen können.

Kein Pensionsabbau auf Vorrat

Die Renten der Arbeitnehmenden wurden in den vergangenen Jahren bereits mehrmals gesenkt. 2003 beschloss das Parlament in Bern – auch mit Zustimmung der SD – im Rahmen der 1. BVG-Revision, den Umwandlungssatz bis zum Jahr 2014 schrittweise von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent zu senken. Die damalige Begründung: Die zunehmende Alterung der Bevölkerung mache eine Anpassung notwendig. Wir wehren uns aber dagegen, dass jetzt – nach erfolgter Anpassung der Renten an die verlängerte Lebenserwartung – mit der genau gleichen Begründung die Renten auf Vorrat weiter gesenkt werden.

Ebenfalls 2003 wurde der Mindestzinssatz für die Verzinsung des Altersguthabens von 4 Prozent auf 3,25 Prozent und ein Jahr später sogar auf 2,25 Prozent gesenkt. 2009 und 2010 beträgt der Mindestzinssatz gar nur noch 2 Prozent. Als Begründung wurde jeweils die schlechte Situation an den Kapitalmärkten angeführt. Aber während die Börse hohe Renditen einbrachte, wurde der Mindestzinssatz nicht angehoben. Damals argumentierten die Versicherungsgesellschaften, dass der Mindestzins ja auch in Situationen bei tieferer Rendite gelte. Sobald die Renditen dann sanken, vergassen die Versicherer diese Begründung wieder und setzten eiskalt eine Herabsetzung durch.

Drastischer Rentenklau – auch durch die SVP sanktioniert

Nun wollen die Politiker von FDP, CVP und SVP die Pension schon wieder senken. Die Folgen der erneuten Absenkung des Umwandlungssatzes wären einschneidend: Würde

die Gesetzesänderung angenommen und der Umwandlungssatz bis 2015 statt auf 6,8 %, nun auf 6,4 % gesenkt, dann hätte dies beispielsweise folgende Auswirkungen:

- Ein 36-jähriger Mann, der heute monatlich 6'000 Franken verdient, würde nach der Pensionierung im Durchschnitt 51'600 Franken verlieren.
- Eine 50-jährige Frau, die heute monatlich 5'800 Franken verdient, würde nach der Pensionierung 36'900 Franken verlieren.
- Eine 26-jährige Frau, die heute monatlich 5'000 Franken verdient, würde gar 62'200 Franken verlieren.

Der gesamten Pensionsverlust beläuft sich also bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung auf mehrere zehntausend Franken. Die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner werden darum Monat für Monat spürbar weniger Geld im Portemonnaie haben, als sie ursprünglich erwarten durften. Im Internet können Sie unter **www.rentenklau.ch** ihren Pensionsverlust selber nachrechnen.

Unter Einbezug des Mindestzinseszinses: Mehr als ein Drittel weniger Pension!

Halten wir uns gleichzeitig vor Augen, dass nicht nur der Umwandlungssatz gesenkt, sondern auch der Mindestzins reduziert wurde: Somit wird der Pensionsabbau noch gigantischer. Die Renten würden um mehr als ein Drittel sinken!

Ungerechtfertigte Panikmache mit der Lebenserwartung

Im Jahr 2003 beschloss das Parlament, den Umwandlungssatz bis 2014 schrittweise zu senken, um so die steigende Lebenserwartung auszugleichen. Jetzt wollen die Versicherer die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner nochmals für dasselbe «bluten» lassen. Ohne uns Schweizer Demokraten!

Wesentlich für die Berechnung des Umwandlungssatzes sind zwei Punkte:

Erstens: Die durchschnittliche Lebenserwartung der Versicherten zum Zeitpunkt der Pensionierung. Für die Zeit von der Pensionierung bis zum Tod muss das angesparte Alterskapital reichen.

Zweitens: Die zu erwartende Rendite auf dem Sparkapital. Das Geld wird nur nach und nach ausbezahlt. Das noch nicht als Rente ausbezahlte Geld legt die Pensionskasse gewinnbringend an.

In beiden Punkten malten die Versicherer bewusst schwarz, um den Umwandlungssatz senken zu können. Kein Wunder: Je tiefer der Umwandlungssatz ist, desto mehr Geld bleibt beim Tod des Rentners oder der Rentnerin im Durchschnitt übrig und umso höher sind die Gewinne der Versicherungsgesellschaften.

Zur Lebenserwartung: Mit dem Verweis auf die steigende Lebenserwartung wird der Umwandlungssatz seit 2005 und bis 2014 in mehreren Schritten von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent abgesenkt. Das hat das Parlament 2003 auch mit der Stimme der SD damals beschlossen. Der Alterung der Gesellschaft ist mit dieser Gesetzesrevision bereits genügend berücksichtigt. Trotzdem wollen die Versicherer jetzt die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner nochmals für das Gleiche bezahlen lassen.

68 Milliarden für die Banken, nichts für die Renten der Arbeitnehmenden

Als die Finanzblase platzte, warf die Schweiz rasch 68 Milliarden Franken auf, um die Verluste der UBS aufzufangen. Die Verluste der Pensionskassen hingegen sollen die Arbeitnehmenden vollumfänglich selber tragen. Dagegen wehren wir uns mit dem Referendum.

Auch mit dem Segen der SVP machte die bürgerliche Mehrheit in Bundesrat und Parlament fast über Nacht eine folgenschwere Kehrtwende: Bisher lehnten sie Staatsinterventionen strickt ab und klagten bei jeder Gelegenheit über die hohen öffentlichen Staatsausgaben. Doch als die Schweizer Banken wankten, zauberten Bundesrat und die Nationalbank im Herbst 2008 rasch 68 Milliarden Schweizer Franken aus dem Hut, um der UBS ihre Schrottpapiere abzunehmen.

Doch dann war es schon wieder fertig mit der Grosszügigkeit. Als bei den Pensionskassen, die ihr Geld zum Teil mit den gleichen riskanten Spekulationen wie die Grossbanken in den Sand gesetzt haben, die Kapitalerträge zurückgingen, hat die Versicherungslobby im Parlament sofort die Senkung des Umwandlungssatzes durchgepeitscht. Das heisst: Die Verluste der UBS bezahlte der Staat. Die Verluste der Pensionskassen hingegen sollen nach dem Willen des Parlaments und der Versicherungslobby die Arbeitnehmenden mit einer Rentensenkung bezahlen.

Keine Verschärfung der Krise!

Das akzeptieren wir nicht! Darum haben u. a. die SD zusammen mit der Lega dei Ticinesi und dem Mouvement des Citoyens Genevois das Referendum gegen die Senkung des Umwandlungssatzes ergriffen. Die Referendumsträger haben zudem vom Bundesrat verlangt, dass er die Bestimmungen über die Sanierungspflicht von Pensionskassen aussetzt. Bundesrat und Parlament sind darauf nicht eingegangen. Damit bezahlen die Beschäftigten schon bezahlte Beiträge ein zweites Mal mit zusätzlichen Lohnabzügen. Diese unnötige Schwächung der Kaufkraft ist nicht nur ungerecht für die Arbeitnehmenden, sondern Gift für die Konjunktur und schwächt ausgerechnet in Zeiten der Krise die Binnennachfrage.

Wir Schweizer Demokraten fordern eine Pension, die uns allen im Alter ein Leben in Würde garantiert. Damit die Arbeitnehmenden nicht noch einmal für die Krise zahlen müssen, braucht es jetzt ein kräftiges Nein gegen den Pensionsabbau!